Der Europäische Rat

PETER HORT

Niemand konnte ahnen, daß das Jahr 1989 den Grundstein für die Wiedergeburt Europas legen sollte. Angestoßen von Michail Gorbatschows Perestroika-Politik und der Aufgabe der Breschnew-Doktrin kam das Kaleidoskop des alten Kontinents im Laufe des Jahres immer mehr in Bewegung: Die vertrauten Ordnungen und Strukturen begannen sich aufzulösen, die Zweiteilung Europas in eine westliche und eine östliche Hemisphäre schien plötzlich dünner und durchlässiger zu werden. Es war, als ob eine Naht zuerst langsam und zögernd, dann aber mit nicht mehr zu bremsender Kraft aufgetrennt würde: Eines nach dem anderen fielen die Teile des alten Ostblocks auseinander. Was in Polen und Ungarn begann, setzte sich, mit Ausnahme Albaniens, in allen Ländern Mittel- und Osteuropas fort; und als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, war dies für alle Welt der Höhepunkt einer friedlichen Revolution, für die es in der Geschichte kein Beispiel gab.

Für den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs wurden die Umwälzungen im Osten zu einer Herausforderung besonderer Art. Daß die Zwölfergemeinschaft in all ihren Organen, besonders aber im obersten Entscheidungsgremium, von den revolutionären Vorgängen im Osten tief berührt wurde, war schon im Sommer klar geworden, als die sieben führenden Industrienationen des Westens auf ihrem "Weltwirtschaftsgipfel" in Paris die Brüsseler EG-Kommission beauftragten, für Polen und Ungarn eine internationale Hilfsaktion zu organisieren. Es ging der Gemeinschaft nicht nur darum, den ärmeren Nachbarn im Osten finanziell zu helfen; die Zwölf mußten auch der Aufgabe gerecht werden, den Ländern und Völkern Osteuropas inmitten eines tiefgreifenden Wertewandels eine Perspektive für ein gedeihliches Nebeneinander, ja Miteinander zu bieten. Die Voraussetzungen dafür schienen günstig, denn im Jahr zuvor hatte die Gemeinschaft mit weitreichenden inneren Reformen wieder Tritt gefaßt und an Selbstbewußtsein deutlich gewonnen[1]. Den Wunsch der Osteuropäer, sich so rasch wie möglich der Gemeinschaft zu nähern, nahm man zu Recht als Beweis dafür, daß die Zwölf zu einem Gravitationszentrum europäischer Politik geworden waren.

Die Veränderungen im Osten führten zu einem Themenwechsel im Europäischen Rat: Während es im Juni in Madrid vornehmlich um den Einstieg in die Wirtschafts- und Währungsunion ging, mithin um die Einleitung einer neuen Phase der Integration, die den Weg zur politischen Union öffnen soll, stand im Dezember in Straßburg der Brückenschlag nach Osten zur Diskussion. Daß dies

kein Gegensatz war, zeigte sich in dem Maße, wie zusätzlich die deutsche Frage ins Bild kam: In den politischen Gremien setzte sich die Überzeugung durch, daß die sich abzeichnende deutsche Vereinigung durch eine Beschleunigung der Integration begleitet werden müsse. Dies um so mehr, als Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher von Anfang an keinen Zweifel daran ließen, daß "deutsche Einigung und europäische Einigung zwei Seiten der gleichen Medaille sind"[2]. Entgegen manchen Annahmen gehörte der Kanzler schon in Madrid zu jenen, die mit Nachdruck für die Währungsunion warben, trotz gewisser Bedenken des Bundesfinanzministers und des Bundesbankpräsidenten.

Der von den Ereignissen in Mittel- und Osteuropa diktierte Themenwechsel konnte die britische Premierministerin Margaret Thatcher nicht davon abhalten, auf beiden Sitzungen des Europäischen Rates abermals in Opposition zur Mehrheit zu treten. Da es um den Ausbau der Gemeinschaft im Sinne der EEA ging, hatte mancher erwartet, daß sich auch Frau Thatcher der Mehrheit anschließen würde, da sie doch zusammen mit den übrigen Regierungschefs die Akte in Luxemburg mit unterzeichnet hatte. Daß es anders kam, hat mit ihrer fundamentalen Abneigung gegen jede Form des Souveränitätstransfers von der nationalen Ebene auf Gemeinschaftsorgane zu tun. Im Europäischen Rat lagen damit zwei Schulen miteinander im Streit: Während die Mehrheit, angeführt von Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl, die Zeit für gekommen hielt, den nächsten qualitativen Sprung in der Gemeinschaft zu wagen und mit der Währungsunion einen ersten Kristallisationspunkt der politischen Union anzusteuern, sollte es für Frau Thatcher bei einer Gemeinschaft bleiben, die lediglich Freihandel sichert und Deregulierung ermöglicht[3].

Schon in Madrid wurde allerdings deutlich, daß die britische Premierministerin über ihrer Fundamentalkritik den pragmatischen Sinn bewahrte. Sie stimmte zwar gegen Stufen zwei und drei des Delors-Plans mit der darin vorgesehenen Errichtung eines Europäischen Systems der Zentralbanken und der Schaffung einer einheitlichen Währung, ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß sie an den Verhandlungen im Rahmen einer Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge mitarbeiten wolle. In Straßburg wiederholte sie diese ambivalente Einstellung ebenso wie auf dem Sondergipfel-Treffen in Dublin im Frühjahr 1990, als es im Gefolge der deutschen Frage um die Vorbereitung einer zweiten Regierungskonferenz für die politische Union ging. Frau Thatcher hat damit, sicherlich ungewollt, deutlich gemacht, daß die Gemeinschaft zu Beginn der 90er Jahre so viel Eigendynamik und Schwung gewonnen hat, daß sie sich auch von einer Zaudernden nicht aufhalten läßt. Die schier unaufhaltsame Dynamik ist letztlich der Grund dafür, daß die Gemeinschaft vergleichsweise schnell und, alles in allem, angemessen auf die Herausforderung in Mittel- und Osteuropa reagieren konnte. Und daß nach einer Phase des Zögerns und der Ungewißheit die Einheit Deutschlands als Bereicherung für die Gemeinschaft willkommen ge-

heißen wurde, ist besonders in der Bundesrepublik mit Genugtuung aufgenommen worden.

Der Europäische Rat hat damit bewiesen, daß er auch unter dem Eindruck kaum vorhersehbarer und mit großer Geschwindigkeit sich abspulender Ereignisse handlungsfähig ist und "Wegzeichen" setzen kann[4]. Auf die gerade erst begonnene Debatte über die Suche nach einem neuen institutionellen Gleichgewicht der Gemeinschaftsorgane und die Verwirklichung von "mehr Demokratie" - im Zuge der anstehenden politischen Union - dürfte dies nicht ohne Eindruck bleiben. Nimmt man noch die Kommission mit ihrem willensstarken Präsidenten, die für den Brückenschlag nach Osteuropa, die Eingliederung des vereinten Deutschlands in die Gemeinschaft und die Währungsunion die entscheidenden Vorarbeiten geleistet hat, mit ins Bild, so hat es in der Exekutive der Gemeinschaft selten zuvor ein wirkungsvolleres Zusammenspiel gegeben. Das Duo Europäischer Rat - Kommission dürfte auf absehbare Zeit kaum zu ersetzen sein.

Die Tagungen des Europäischen Rates

Madrid, 26./27. Juni 1989[5]

Für viele Beobachter sah es so aus, als ob die nächste Etappe der europäischen Integration mit ungewohnter Zielstrebigkeit Schlag auf Schlag vorbereitet werde: Auf dem Gipfeltreffen in Hannover im Juni 1988 hatten die Staats- und Regierungschefs einen Ausschuß unter der Leitung des Kommissionspräsidenten Delors berufen, der Vorschläge für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegen sollte[6]. Im April 1989 präsentierte Delors den Bericht des Ausschusses der Öffentlichkeit. Angesichts der Tragweite des "Delors-Modells", das Schritt für Schritt zu einer einheitlichen Währung führen sollte, war freilich von vornherein nicht mit raschen Entscheidungen zu rechnen.

Schon im Mai wurde die Scheidelinie während der dem Gipfeltreffen vorgeschalteten Beratungen der zwölf Finanzminister im spanischen Badeort S'Agaro deutlich: Während Delors mit kräftiger Unterstützung des französischen Finanzministers Pierre Bérégovoy die Partner zur Eile drängte, versuchte sich der britische Schatzkanzler Nigel Lawson als Bremser[7]. Allenfalls schien man sich darauf vorzubereiten, die erste Stufe des Delors-Modells zu verwirklichen, die sich im wesentlichen in der engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik der Zwölf und der Erweiterung des EWS erschöpft. Delors mußte befürchten, daß im Verlauf der Beratungen der "Chefs" die Einheit des Dreistufen-Planes zugunsten einer von Vorsicht geleiteten pragmatischen Lösung aufgegeben werden könnte: Man verwirklicht nur die erste Stufe und legt, früher oder später, Stufe zwei und drei zu den Akten.

Unmittelbar vor dem Madrider Gipfeltreffen sah sich Delors daher zu einem Alarmruf veranlaßt: Er warnte davor, seinen Dreistufen-Plan zu "zerpflücken"[8], bestand darauf, alle drei Stufen in der Finalität der Schaffung eines gemeinsamen

Währungsraumes als Einheit zu betrachten, und forderte folgerichtig, schon bald Klarheit über die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge zu schaffen. Damit hatte der Kommissionspräsident insbesondere die britische Premierministerin herausgefordert, die sich wieder einmal mit dem Rest der Gemeinschaft nicht auf einer Linie wiederfand: Sie hatte seit einem Jahr nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie Stufe zwei und drei des Delors-Modells nicht zustimmen werde. Daß sich Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl auf Frau Thatchers Seite schlug und in einem Zeitungsgespräch empfahl, die schwierigsten und strittigsten Teile des - von ihm selbst mitunterschriebenen - Stufenplans vorerst zurückzustellen, half nicht viel: Nach einer Phase der Ruhe, die den Europäischen Rat im Jahre 1988 gekennzeichnet hatte, stand den Zwölf wieder einmal Sturm ins Haus[9]. Zur Debatte stand, ob sich die Gemeinschaft im Streben nach einer neuen Stufe der Integration auf Dauer von einem Partner aufhalten lassen werde, oder ob sie den Weg notfalls auch ohne die Zaudernde fortsetzen solle[10].

Es bedurfte des ganzen diplomatischen Geschicks von Felipe González, des spanischen Ministerpräsidenten und Gastgebers, den drohenden Eklat zwischen der britischen Premierministerin einerseits und Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl andererseits zu vermeiden. Mitterrand und Kohl konnten sich schließlich in einer einstimmig angenommenen Vier-Punkte-Erklärung weitgehend durchsetzen. Frau Thatcher hat somit das Festschreiben des Ziels der Wirtschafts- und Währungsunion in Madrid ebenso geduldet wie vor Jahresfrist in Hannover. Sie hat damit indirekt das Prinzip des schrittweisen Fortschritts in der Gemeinschaft anerkannt, auch wenn sie über Tempo und Methoden mit der Mehrheit nicht übereinstimmt. Diese Haltung hat Frau Thatcher auch später, als es vor dem Hintergrund der deutschen Einheit um die politische Union ging, in ähnlicher Weise eingenommen. In Madrid ist dies als deutliches Zeichen der Konzessionsbereitschaft gewertet worden, auch wenn sich die Zwölf vorerst nur auf die Verwirklichung der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion einigen konnten und das weitere Verfahren noch offen blieb. Nicht zuletzt konnte sich Delors über den Ausgang des Madrider Treffens freuen[11]: Weder wurde sein Plan auseinandergenommen, noch einigte man sich auf das britische "Gegenmodell" des Wettbewerbs europäischer Währungen. Frau Thatcher hat lediglich den "Automatismus" der Stufenfolge abgelehnt. Auch wenn die Stufen zwei und drei politisch umstritten blieben, haben die Zwölf in Madrid den dritten Anlauf zur Wirtschafts- und Währungsunion geschafft. Der erste Versuch war 1969/70 mit dem Barre-Plan und dem Werner-Bericht gestartet worden; er führte zwar zur Währungsschlange, einer Vorläuferin des EWS, kam dem Ziel der Währungsunion jedoch nicht näher. Der zweite Versuch erfolgte 1979 mit der Gründung des EWS, dessen zweite Phase aber nie verwirklicht wurde. Ob das Ziel im dritten Anlauf erreicht werden kann, bleibt noch offen.

Schon in Madrid zeigte sich, daß über die Einberufung einer Regierungskonferenz lange gestritten werden würde. Mit der Vierpunkte-Erklärung ist schließlich

eine Formel angenommen worden, wonach die zuständigen Gremien - vor allem die Finanzminister, die Außenminister, die EG-Kommission und die Notenbankgouverneure - aufgefordert werden, die für den Beginn der ersten Stufe am 1. Juli 1990 erforderlichen Maßnahmen zu treffen und mit der Vorbereitung für die Regierungskonferenz zu beginnen. Als Frau Thatcher schließlich in die Formel eingewilligt hatte, forderte Mitterrand überraschend, daß die Regierungskonferenz mit der Vollendung des Binnenmarktes Ende 1992 zu Ergebnissen kommen müsse. Mit dieser Zeitvorgabe kam die Tagung kurz vor ihrem Ende fast noch in eine Krise; die Forderung scheiterte schließlich am Widerstand der britischen Premierministerin.

Niemand wunderte sich, daß die Erörterung der Wirtschafts- und Währungsunion alle übrigen Themen überschattete. Dazu gehörte vor allem die Sozialcharta mit Grundrechten für die Arbeitnehmer der EG, ein Vorhaben, das ebenfalls den erbitterten Widerstand Frau Thatchers hervorgerufen hatte[12]. Man kam lediglich überein, daß Kommission und Ministerrat ihre Arbeiten für eine "feierliche Erklärung" und die Verabschiedung einiger weniger konkreter Grundrechte im zweiten Halbjahr unter französischer EG-Präsidentschaft fortsetzen müßten; auf dem Straßburger Gipfel sollte die Charta von den Regierungschefs verabschiedet werden. Nach einer allgemein als Erfolg empfundenen spanischen EG-Präsidentschaft gelang es Ministerpräsident Felipe González schließlich, Elemente für die Errichtung eines Europäischen Garantiefonds (EGF) verabschieden zu lassen, der zur Verringerung der Schulden der Entwicklungsländer dienen soll. Das Vorhaben kam im weiteren Verlauf des Jahres allerdings nicht recht voran; die Unterstützung der reformwilligen Regierungen Mittel- und Osteuropas beanspruchte zunehmend mehr Aufmerksamkeit.

Paris, 18. November 1989[13], und Straßburg, 8./9. Dezember 1989[14]

Mit der friedlichen Revolution in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind insbesondere die westlichen Anrainer in der Europäischen Gemeinschaft herausgefordert worden: Es ging zunächst um den moralischen und finanziellen Beistand der sich ausbreitenden Reformbewegungen, die das politische und wirtschaftliche Wertesystem des Westens übernehmen wollten. Daß damit die Teilung Europas wider allen Annahmen plötzlich als überwindbar erschien, war für die Gemeinschaft und ihre Organe ein zusätzlicher Ansporn zur Hilfeleistung. Als der Prozeß der Neuordnung mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 einen Kulminationspunkt erreichte, der weltweit Aufsehen erregte und die Deutschen einander näherbrachte, wurde vollends deutlich, was den Europäischen Rat von nun an an erster Stelle beschäftigen würde: das Verhältnis der Zwölf zu Mittel- und Osteuropa und die Einordnung der deutschen Frage in die europäische Integration.

Der Wandel im Osten ließ ein Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs als geraten erscheinen: In seiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Rates lud Staatspräsident François Mitterrand die übrigen elf am 17. November

zu einem informellen Abendessen in den Pariser Elysée-Palast, das von nicht wenigen Beobachtern fälschlich als "Sondergipfel" eingestuft worden ist. Das kurzfristig einberufene Essen, das durch formelle Beschlüsse nicht unter Erfolgszwang gesetzt werden sollte, verfolgte den Zweck, nach Möglichkeiten einer besseren Koordinierung jener Wirtschaftshilfe für den Osten zu suchen, die die Brüsseler EG-Kommission seit Sommer 1989 im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion von 24 Industrieländern organisiert. Außerdem wollte Mitterrand mit seinen Gästen das bevorstehende Straßburger Gipfeltreffen und, nicht zuletzt, die deutsche Frage zur Sprache bringen. Daß alle Augen auf Bundeskanzler Helmut Kohl gerichtet waren, ergab sich schon daraus, daß nach dem Fall der Berliner Mauer der alte Gegensatz von Wiedervereinigung und fester Verankerung der Bundesrepublik in der EG wieder diskutiert wurde und, besonders in britischen Zeitungen, das Schreckgemälde eines "Vierten Reiches" auftauchte[15].

Wie tief die Befürchtungen über den künftigen Weg der Deutschen im Spätherbst 1989 saßen, wurde bald nach dem Pariser Diner deutlich: die Beteuerungen Kohls, daß die Bundesrepublik Deutschland mit den neuen Hoffnungen auf Vereinigung mit der DDR wie bisher an der weiteren Einigung Europas interessiert sei, schien zumindest bei einigen Partnern sein Ziel zu verfehlen. Für manche blieb die Position der Bundesregierung in der Europa-Politik vage und unsicher.

Einige Kommentatoren hielten jedoch die Gefahr eines deutschen Alleingangs für nicht sehr groß: Angesichts der Herausforderung im Osten hätten die Zwölf eine historische Chance, sich politisch enger zusammenzuschließen[16]. Damit wurde ein Grundton angeschlagen, der die Zwölf fortan immer wieder beschäftigte. In seinem Einladungsschreiben für den Straßburger Gipfel ließ Mitterrand keinen Zweifel daran, daß alle Europäer ein Interesse daran haben müßten, die EG zu stärken und dem in der EEA genannten Ziel der politischen Union näherzukommen. Vielen war klar, daß das Vorhaben der Wirtschafts- und Währungsunion für die Vertiefung der Gemeinschaft einen ersten Lackmustest abgeben werde[17]. Und für den deutschen Kanzler schien die von Mitterrand angestrebte Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge sogar zu einer Probe der unverbrüchlichen Gemeinschaftstreue der Bundesrepublik zu werden. So sehr sich die Bonner Regierung darum bemühte, Währungsunion und deutsche Frage auseinanderzuhalten, beide Themen gerieten zusammen, je näher das Straßburger Treffen rückte. Daß sich die deutsche Frage "wie eine dunkle Wolke über die Straßburger Szene" schob, hatte auch mit Kohls Zehn-Punkte-Plan zur schrittweisen Überwindung der deutschen Teilung zu tun[18]. Der Kanzler hatte wenige Tage vor dem Ratstreffen in Straßburg seinen Plan präsentiert, ohne daß die wichtigsten Partner zuvor konsultiert worden waren. Mitterrand, aber auch einige andere Teilnehmer des Gipfeltreffens, zeigten sich davon wenig angetan. Für zusätzliche Verwirrung hatte ein Brief Kohls an Mitterrand gesorgt, in dem der Kanzler gewisse Bedenken gegen den frühen Terminwunsch Mitterrands für die Regierungskonferenz äußerte. Nun

schienen doch jene Kritiker Recht zu behalten, die den Deutschen vorhielten, sie seien mehr an der Wiedervereinigung als an der politischen Einigung Europas interessiert.

Als sich die Zwölf im Straßburger Kongreß-Gebäude an den Tisch setzten, hatte Kohl für einen gütlichen Ausgang des Treffens bereits gesorgt: In einem langen Telefongespräch beugte er sich weitgehend dem Terminplan Mitterrands, schon beim Ratstreffen in Rom im Dezember 1990 die Regierungskonferenz einzuberufen. Damit war die Optik der deutsch-französischen Freundschaft - Kern und Motor der europäischen Einigung - wieder einmal gewahrt worden. Wie zuvor war es Margaret Thatcher, die sich dem Drängen Mitterrands und Delors' widersetzte, gleichzeitig aber zusicherte, daß Großbritannien an der Regierungskonferenz voll mitarbeiten werde. Ähnlich wie in Madrid wurde damit deutlich, daß ein einzelner Regierungschef die wachsende Eigendynamik der europäischen Einigung nicht mehr aufzuhalten vermag[19]. Daß Frau Thatcher ein einstimmiges Votum für die Sozialcharta verhinderte, fiel angesichts der geringen Bedeutung dieses eher deklamatorischen Vorhabens für Europas Arbeitnehmer und der Dominanz der Ostpolitik kaum mehr ins Gewicht.

Das herausragende Ergebnis des Straßburger Treffens liegt nicht nur für die Deutschen darin, daß der Europäische Rat zum ersten Mal das Recht der Deutschen anerkannt hat, in freier Selbstbestimmung die Teilung Deutschlands zu überwinden. Dem Satz, der aus dem Brief zur deutschen Einheit und dem Schlußkommuniqué des Nato-Gipfels im Mai 1989 übernommen wurde, ist hinzugefügt worden, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit sich auf demokratische und friedliche Weise, unter Wahrung der Abkommen und Verträge, auf der Grundlage sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze vollziehen müsse; außerdem müsse sie in den Prozeß der EG-Einigung eingebettet sein. Die einen sahen in der Erklärung einen Versuch, dem Bundeskanzler im Prozeß der Einigung die Hände zu binden[20]. Die anderen sprachen von einem "Rahmen der Vernunft"[21]. Sicherlich ist richtig, daß in der Passage zur deutschen Frage Zustimmung und Sorgen der Partner sich mischen.

Die mühsame Einbindung der deutschen Frage in den "Helsinki"-Prozeß und die Unveränderlichkeit der Grenzen sowie die ausgesprochen kühle Aufnahme der Erläuterungen Kohls zu seiner Zehn-Punkte-Erklärung ließen gewisse Reserven der Partner gegenüber der deutschen Einigung erkennen. Angesichts der raschen Veränderungen war dies nicht verwunderlich; die meisten mußten sich erst mit den neuen Gegebenheiten vertraut machen. Außerdem schien die Einbeziehung der DDR in die Gemeinschaft vorerst alles andere als klar zu sein. Zwar hatte die EG-Kommission unmittelbar nach dem Fall der Mauer der DDR, gegenüber allen anderen ehemaligen Ostblockländern, eine Sonderbehandlung eingeräumt; unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Folgen der zweite deutsche Staat mit seinen knapp 17 Millionen Menschen Einzug in die Gemeinschaft halten könne, ließ jedoch viele Fragen offen. Dies erklärt manche zurückhaltende Reaktion, die Kohl in Straßburg erfuhr.

Erst vier Monate später, auf dem Sondertreffen des Europäischen Rates in Dublin[22], war der letzte Rest von Argwohn gegenüber der nun deutlicher zu Tage tretenden deutschen Vereinigung verschwunden. Daß der Kanzler nun beglückwünscht und die Einheit Deutschlands als Beitrag und Motor der europäischen Einigung gutgeheißen wurde, lag entscheidend an der guten Vorarbeit der Brüsseler EG-Kommission: Sie hatte im Frühjahr 1990 einen Dreistufenplan entworfen, der ohne Vertragsänderung der DDR als Teil eines vereinten Deutschlands den Weg in die Gemeinschaft ebnen sollte. Jetzt wurde deutlich, daß die in der Bundesrepublik oft so beargwöhnte Gemeinschaft ein Gewinn ist – ganz besonders für die Deutschen.

Anmerkungen

1 Vgl. Hort, Peter: Der Europäische Rat, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 39–45.
2 S. dazu Regierungserklärung des Bundeskanzlers, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 40 v. 28. 4. 1989.
3 S. Financial Times v. 22. 5. 1989; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22. 5. 1989. Vgl. auch Rahmsdorf, Detlef W.: Währungspolitik, in diesem Band, sowie Weidenfeld, Werner: Die Bilanz der Europäischen Integration 1989/90, in diesem Band, und Wallace, Helen: Das Vereinigte Königreich, in diesem Band. S. auch Hasse, Rolf H.: Die europäische Zentralbank: Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems. Mit Beiträgen v. W. Weidenfeld und R. Biskup. Gütersloh 1989.
4 Vgl. dazu Handelsblatt v. 11. 12. 1989.
5 Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Madrid, abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.
6 Vgl. Hort, Peter, a. a. O., S. 41 ff.
7 FAZ v. 22. 5. 1989.
8 Financial Times v. 24. 6. 1989.
9 The Wall Street Journal v. 22. 6. 1989.
10 Die Welt v. 24. 6. 1989.
11 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 3. 7. 1989.
12 Vgl. Seidel, Bernhard: Sozial- und Regionalpolitik, in diesem Band; Weidenfeld, a. a. O.
13 S. Presse-Erklärung von Mitterrand, abgedruckt als Dok. Nr. 2 in diesem Band.
14 Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Straßburg, abgedruckt als Dok. Nr. 3 in diesem Band.
15 The Sunday Times v. 12. 11. 1989.
16 S. z. B. International Herald Tribune v. 24. 11. 1989.
17 Vgl. Financial Times v. 11. 12. 1989.
18 FAZ v. 11. 12. 1989.
19 Vgl. Handelsblatt v. 11. 12. 1989.
20 Vgl. FAZ v. 11. 12. 1989.
21 Handelsblatt v. 11. 12. 1989.
22 Schlußfolgerungen des Sondergipfels in Dublin, abgedruckt in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 51 v. 4. 5. 1990.

Weiterführende Literatur

Bassompierre, Guy de: Changing the guard in Brussels. An insider's view of the EC presidency. New York 1988.

Bulmer, Simon und Wolfgang Wessels: The European Council. Decision-making in European politics. Hampshire/London 1987.

Donat, Marcell von: Das ist der Gipfel! Die EG-Regierungschefs unter sich. Baden-Baden 1987.

Hoscheit, Jean-Marc und Wolfgang Wessels (Hrsg.): The European Council. Maastrich 1988.